# Oldenburger Kurve: Beirat Mitte lehnt Verkauf ab

**Fraktionen fordern besseren Lärmschutz auf ganzer Strecke**

Von Liane Janz Bremen. Der Ton in der Diskussion um die Oldenburger Kurve wird rauer. Nachdem die Bahn die Stadt Bremen in einem Mahnschreiben aufgefordert hatte, den Verkauf des Grundstücks, auf dem ein zweites Gleis in die Oldenburger Kurve gelegt werden soll, bis Mitte des Monats abzuwickeln, hat sich der Beirat Mitte zu Wort gemeldet: Sollten die bestehenden Pläne aufrechterhalten werden, so die Botschaft, werde der Beirat den Verkauf ablehnen.

Den Stadtteilpolitikern geht es dabei um den Lärmschutz. Über die Oldenburger Kurve soll vor allem der Hinterlandverkehr des Jade-Weser-Ports abgewickelt werden. Bis 2015 sollen doppelt so viele Güterzüge durch Bremen rollen wie bislang - der Großteil davon nachts. Das Geld für den Bau soll aus dem Konjunkturprogramm des Bundes kommen. Deshalb muss das Gleis bis Ende 2013 liegen und abgerechnet sein. Bislang plant die Bahn, das Stück Neubau im Westen der Kurve wie gesetzlich vorgeschrieben beidseitig mit Lärmschutzwänden zu versehen. Als freiwillige Maßnahme seien Lärmschutzwände an der Strecke durch das Stephaniviertel sowie an der Nicolaistraße zugesichert, berichtete der Leiter des Ortsamtes Mitte/Östliche Vorstadt, Robert Bücking, gestern. Allerdings sollen diese Wände nur östlich der Strecke stehen. "Das neue Varieté in Walle bekommt den Lärm voll ab", sagte Beiratssprecher Michael Rüppel (Grüne).

Dem Beirat ist das zu wenig. Er fordert mehr Lärmschutz auf der gesamten Strecke vom Hauptbahnhof bis zur Stephanibrücke. Vor allem die Breitenwegbrücke sei als Lärmquelle aufgefallen. Allerdings lehnt es die Bahn aus Kostengründen ab, dort Lärmschutzwände aufzustellen.

Der Senat hat den Beirat Mitte aufgefordert, bis zum 15. März Stellung zu nehmen. An diesem Tag soll es eine Beiratssitzung geben, auf der die Fraktionen Forderungen stellen wollen, die an eine Zustimmung zum Verkauf geknüpft sind. Dazu sind auch die Beiräte aus Walle und Findorff sowie Anwohner eingeladen. Werden die Forderungen nicht erfüllt, wird es ein "Nein" vom Beirat Mitte geben. Darüber herrsche in allen Fraktionen Einigkeit, so Bücking. Gleichzeitig ließ er durchblicken, dass er mit diesem "Nein" rechne.

Dann haben die Ressorts vier Wochen Zeit nachzuarbeiten und mit der Bahn in Verhandlungen über weitere Maßnahmen zu treten. Sollten die bis zum 16. April keine Ergebnisse bringen, will der Beirat beantragen, "die Sache in der Bürgerschaftssitzung am 24. April zu behandeln", heißt es in einem offenen Brief des Ortsamtes an die Abgeordneten der Bürgerschaft. "Wir respektieren die Leistung, die Bremen im Ausbau der Häfen erbracht hat. Aber für die Konsequenzen muss die Stadt jetzt auch Verantwortung tragen", sagte Bücking. Der Senat könne diese nicht allein der Bahn zuschieben.

Bücking räumte ein, dass der Beirat nur Einfluss, keine Macht habe. Der Haushaltsausschuss könne auch ohne Zustimmung des Beirates über den Verkauf entscheiden. Dennoch wollen die Stadtteilpolitiker sich nicht einfach so geschlagen geben.

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: WESER-KURIER Seite: 7 Datum: 09.03.2012